

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Boehringer, Marcus Bühl, Martin Hohmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/18725 –

Keine EU-gesteuerten Corona-Hilfen

A. Problem

Zur Bekämpfung der Corona-Epidemie haben alle Länder der Europäischen Union drastische Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens sowie historisch weitreichende Maßnahmen zur Abmilderung der Folgeeffekte beschlossen. Alle EU-Mitgliedstaaten sind wirtschaftlich in sehr ähnlicher Form von der Corona-Epidemie betroffen, da sich diese Betroffenheit nicht an der Anzahl der Corona-Infizierten bemisst, sondern am Ausmaß des „Lockdowns“. Der Ansatz eines europäischen Lastenausgleichs zur Bewältigung der Krise ist daher verfehlt. In dieser Notsituation müssen sich die nationalen Förderinstrumente und Sicherungssysteme bewähren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/18725 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2020

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Dennis Rohde
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch und Sven-Christian Kindler

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 156. Sitzung am 23. April 2020 den Antrag auf **Drucksache 19/18725** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, auf europäischer Ebene zu verhindern, dass im Zuge der Corona-Krise

1. weitere Kreditlinien durch den ESM bewilligt werden;
2. Bürgschaften und Zahlungen der Mitgliedstaaten für einen Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) geleistet werden;
3. eine gemeinsame Schuldenaufnahme der EU-Mitgliedstaaten stattfindet;
4. die EU-Kommission durch Anleiheemissionen mittelbar eine gemeinsame Schuldenaufnahme vornimmt;
5. Finanzhilfen oder Garantien der EU an die nationalen Arbeitslosenversicherungen gewährt werden;
6. die Anleihekäufe durch die EZB über das bereits erreichte Maß hinaus ausgeweitet werden und gleichzeitig eigene Corona-Hilfen über nationale Institutionen auszureichen soweit dies sinnvoll ist.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/18725 in seiner 65. Sitzung am 17. Juni 2020 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/18725 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD gefasst.

Berlin, den 17. Juni 2020

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Dennis Rohde
Berichterstatter

Peter Boehringer
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

